

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Ernst Waltemathe MdB fordert Maßnahmen der Bundesregierung gegenüber Chile: Der Weg zur Demokratie kann nur ohne Pinochet beschritten werden.

Seite 1

Erwin Horn MdB schildert, wie Genscher in Wien einen Kompromiß verhindert hat: Besorgte Verbündete.

Seite 3

Peter Mitzscherling MdB empfiehlt der Bundesbank, an ihrer Politik festzuhalten: Optimismus der Bundesregierung ist fehl am Platz.

Seite 5

Karl Heinz Hiersemann MdL begrüßt das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im Fall Kretzer: Lektion für den Freistaat Bayern.

Seite 7

38. Jahrgang / 153

12. August 1983

Bonn kann helfen

Der Weg zur Demokratie in Chile kann nur ohne Pinochet beschritten werden

Von Ernst Waltemathe MdB

Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Mit 18.000 Soldaten auf der Straße, einer nächtlichen Ausgangssperre, mindestens drei Toten, zahlreichen Verletzten und Hunderten von Verhafteten sah es am 11. August, dem vierten Protesttag in Chile so aus, als ob das Land zu den blutigen Zeiten des Militärputsches zurückkehre. Bis spät in die Nacht waren Schüsse auf den Straßen in Santiagos Armenvierteln zu hören.

Gleichzeitig aber erklärte sich zum ersten Mal seit 1973 das Regime bereit, einige politische Zugeständnisse zu machen. Am 11. August rief der neue Innenminister, Onofre Jarpa die Bevölkerung auf, sich nicht von den Gruppen beeinflussen zu lassen, die das "Chaos" suchen. Er versprach eine "politische Öffnung" in Chile. Sergio Onofre Jarpa war der Vorsitzende der nicht mehr existierenden extrem rechten Nationalen Partei. Er hat von den politischen Bündnissen der Opposition immer Abstand gehalten und wird keineswegs als Brücke zwischen den Militärs und der Opposition fungieren können.

Pinochet hat gute Gründe, sich um seine Zukunft Sorgen zu machen. Sogar die bisher regierungstreue Zeitung "El Mercurio" hat dem Regime in einem Leitartikel am 3. August empfohlen, "Unterstützung in breiteren politischen Kreisen" zu suchen. "El Mercurio" stellt aber gleichzeitig indirekt die Frage, ob es nicht zu spät sei. Da die Regierung so viel Zeit vergehen lassen hat, ohne "grundlegende politische Lösungen" anzubieten, hat sich die "Radikalisierung" der demokratischen Opposition verstärkt.

Die Gründung der "Demokratischen Allianz" am 6. August war in doppeltem Sinne ein Hinweis auf die "Radikalisierung" der Opposition. Einerseits lehnt die Allianz jede Zusammenarbeit mit dem gegenwärtigen Regime ab. Andererseits versuchen die Christdemokraten durch den neuen politischen Zusammenschluß eine "gemäßigte" politische Alternative anzubieten, um die Radikalisierung der Protestbewegung in Chile zu bremsen.

Der Rücktritt Pinochets ist die erste Forderung der Allianz, an deren Spitze der Vorsitzende der Christdemokratischen Partei, Gabriel Valdés steht. Danach soll eine "Übergangsregierung" eine neue Verfassung erarbeiten und den Weg für Wahlen innerhalb von 18 Monaten vorbereiten. Ein Notprogramm für die Rettung der chilenischen Wirtschaft soll in Gang gesetzt werden.

Es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, bis die Militärdiktatur in Chile gestürzt wird. Wir wollen uns aber keine Illusionen machen, daß Pinochet freiwillig zurücktreten wird. Bis jetzt gibt es kein Anzeichen für Unruhe innerhalb der Armee. Außerdem hat der Kredit in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar, den Chile Ende Juli vom Internationalen Währungsfonds erhalten hat, Pinochet mindestens eine Atempause vor einem endgültigen Zusammenbruch der chilenischen Wirtschaft gegeben. Infolge des Kredits haben einige ausländische Banken schon Interesse an neuen Investitionen in Chile gezeigt. Dies könnte zu einer leichten Verbesserung der Wirtschaftskrise vor allem unter den höheren Sozialschichten führen.

Inzwischen verschlechtert sich täglich die Situation der Armen in Chile. Bei einer Arbeitslosigkeit von über 30 Prozent und immer steigender Inflation gibt es Millionen von Chilenen, die unter Hunger leiden.

Der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, hat vor kurzem das chilenische Regime vor einer Verschlechterung der deutsch-chilenischen Beziehungen gewarnt, wenn Gabriel Valdés nicht sofort auf freien Fuß gesetzt würde. Sind die Erschießung von Zivilisten auf der Straße, die tägliche Folter politischer Gefangener und die Anwesenheit tausender Exilchilenen in unserem Land, denen es verboten ist, in ihrer Heimat zu leben, nicht noch schwerwiegendere Gründe für schlechte Beziehungen?

Eine internationale Gewerkschaftsdelegation, die Chile im letzten Monat besuchte, hat sich geweidert, mit Regierungsvertretern zu sprechen. "Wir können uns mit der Regierung Chiles nicht treffen", sagte Enzo Friso vom Internationalen Bund der Freien Gewerkschaften, "vor dem Tag, an dem es volle Freiheit, keine Folter, keine politischen Gefangenen und keine Entlassungen aus politischen Gründen in Chile gibt".

Der Aufruf des Papstes zu einem "Dialog" in Chile kommt zu spät. Pinochet hat seine Chancen für einen Dialog mit der Opposition verspielt. Der Weg zur Demokratie kann nur ohne ihn besritten werden. Die Bundesregierung kann zu der Öffnung des Tors zu diesem Weg beitragen, indem sie keine Entwicklungshilfe für Chile bewilligt, keine U-Boote nach Chile schickt, keinen Minister des chilenischen Regimes in der Bundesrepublik Deutschland empfängt und sich für die Rückkehr aller Exilchilenen einsetzt.

(-/12.8.1983/vo-he/ca)

+

+

+



Besorgte Verbündete

Genscher verhindert Wiener Kompromiß

Von Erwin Horn MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Als der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt vor über fünf Jahren in einer Regierungserklärung zu den MBFR-Gesprächen einen Verhandlungsvorschlag als persönliche Anmerkung vortrug, da geschah dies in einer ungewöhnlichen Form. Der Vorschlag des Kanzlers hatte nicht die Billigung des Kabinetts, weil er bei dem zuständigen Ressortminister, Außenminister Genscher, auf Widerstand stieß.

Helmut Schmidt schlug vor, daß bei einer Einigung der Verhandlungspartner auf 700.000 Mann Höchststärke im jeweiligen Reduzierungsraum der Anteil der nationalen Kontingente nicht mehr als 50 Prozent betragen dürfe. Auf gut deutsch: Der Anteil der Landstreitkräfte der Bundeswehr im westlichen Reduzierungsraum und der Anteil der sowjetischen Landstreitkräfte im östlichen Reduzierungsraum darf bei einer Höchststärke von 700.000 Mann nicht höher als 350.000 Mann betragen. Die Sowjetunion nahm diesen Vorschlag auf, die Vereinigten Staaten verhielten sich zögernd, aber nicht direkt ablehnend, aber der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, legte sich mit Vorwänden statt Sachargumenten quer.

Eine Einigung konnte vornehmlich wegen dieses Punktes bis heute nicht in Wien erzielt werden.

Das Verhalten des deutschen Außenministers war umso unverständlicher, als bis zur damaligen Zeit und übrigens auch bis zum heutigen Tage der Anteil der Landstreitkräfte der Bundeswehr noch nie die Zahl von 350.000 Soldaten erreicht hatte beziehungsweise erreicht hat.

Es ist übrigens bezeichnend, daß hohe Offiziere und Generale, die mit dem Geschäft der Bundeswehr-Personalplanung und mit der Problematik der Rüstungskontrolle und Abrüstung zu tun hatten, sich hinter die Vorschläge von Bundeskanzler Helmut Schmidt stellten und ihre Auffassungen deutlich - auch im Auswärtigen Amt - vortrugen.

Der Grund war einfach. Die Soldaten wußten über die sich abzeichnende außergewöhnlich schwierige Personallage der Bundeswehr Anfang der 90er Jahre Bescheid. Der Pillenknick verursacht eine dramatische Situation im Personalbereich in den nächsten Jahren. Das entscheidende Personalproblem der Streitkräfte im mittel- und langfristigen Planungszeitraum ist - neben den Folgen des Verwendungsstaus bei den Offizieren des Truppendienstes - das ab 1983 beginnende Absinken des quantitativen Personalaufkommens an wehrdienstfähigen jungen Männern, das spätestens ab 1988 unter dem jährlichen Ergänzungsbedarf liegen wird.

Neben dem jährlichen Bedarf der Bundeswehr von 225.000 Soldaten muß auch der der Polizei, des Bundesgrenzschutzes, der Katastrophenschutzorganisationen und des Entwicklungsdienstes aus dem verfügbaren Aufkommen abgedeckt werden, so daß jährlich insgesamt 252.000 dienstfähige Männer benötigt werden.

Gemessen an diesem Gesamtbedarf wird das Aufkommen im Jahr 1994 zu einem Fehlbetrag von 110.000 dienstfähigen Männern führen, das sich in den Folgejahren in ähnlicher Größenordnung fortsetzt. Dabei ist nicht berücksichtigt, daß zur qualifikationsgerechten Besetzung bestimmter Dienstposten in den Streitkräften erfahrungsgemäß



ein Mehrbedarf von circa 50.000 Wehrdienstfähigen pro Jahr, ein Auswahlüberhang, benötigt wird.

Ursache für diese Entwicklung ist der erhebliche Rückgang der Geburten ab Geburtsjahrgang 1969.

Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen kann die Bundeswehr daher ab 1988 ihr quantitatives Personalsoll nicht mehr erreichen. Dies gilt in erster Linie für den Anteil an Grundwehrdienstleistenden, wirkt sich dann aber auch auf den Bereich der Zeit- und Berufssoldaten negativ aus, da die Bewerberzahlen hierfür erfahrungsgemäß mit dem Gesamtaufkommen an Wehrpflichtigen korrespondieren und aus den gleichen Jahrgängen bei zunehmender Konkurrenzsituation mit Wirtschaft und Industrie gewonnen werden müssen.

Änderungen der Tauglichkeitsklassifikation, eine strengere Handhabung der Unabkömmlichkeit, Einberufung Verheirateter und Väter, vorrangige Einberufung von Angehörigen älterer Geburtsjahrgänge und gegebenenfalls der Verzicht auf Auswahlüberhang sind Maßnahmen, durch die die Probleme nicht zu lösen sind. Die vorgesehene Verlängerung der Wehrpflichtzeit, wie es in den Konzeptionen des Bundesverteidigungsministeriums vorliegt, um drei Monate wird circa 30.000 Mann Mehraufkommen erbringen. Die frühere Vorstellung, aus dem Bereich der Frauen für die Bundeswehr mehr an Personalstärke zu gewinnen, hat sich zerschlagen, nachdem die bereits von Dr. Apel als Verteidigungsminister in Auftrag gegebene Untersuchung zu eindeutig negativen Ergebnissen geführt hat. Somit stehen wir vor einer ausgesprochen schwierigen Situation, die dazu führen kann, daß in den 90er Jahren der Personalbestand der Bundeswehr nicht mehr gewahrt werden kann.

Diese Zahlen waren Herrn Genscher sehr wohl vertraut. Vor einigen Jahren hätten wir im außenpolitischen Bereich mit den Sowjets in Wien in dieser Frage des Anteils der nationalen Höchststärken noch ins Geschäft kommen können. Diese Chance hat Herr Genscher verspielt. Da die Jahrgangsgrößen ablesbar sind und sich unsere Not-situation zunehmend aktualisiert, haben wir kein entsprechendes Gewicht in die Waagschale bei den Verhandlungen zu legen.

Aber auch Verteidigungsminister Wörner kommt zunehmend ins Kreuzfeuer. Seine Bedrohungsanalyse, die noch einmal ganz manifest im Geist des Kalten Krieges in dem neuen von ihm vorzulegenden Weißbuch dargestellt wird, widerspricht den konkreten Leistungen der Bundesrepublik für die Verteidigung unter Herrn Wörner in den nächsten Jahren.

Dies ist nicht nur für Herrn Dr. Wörner eine Frage der persönlichen und politischen Glaubwürdigkeit. Unsere Bündnispartner werden zunehmend besorgt über die negative Signalwirkung, die von der Bundesrepublik auf die europäischen Verbündeten ausgeht.
(-/12.8.1983/bgy/ca)

+ + +



Optimismus der Bundesregierung ist fehl am Platz

Die Bundesbank sollte an ihrer Politik festhalten

Von Dr. Peter Mitzscherling MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises
Wirtschaftspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Frankfurter Währungshüter haben gestern eine weise Entscheidung getroffen: Trotz des weiteren Höhenfluges des US-Dollars und der daraufhin anhaltenden Kapitalabflüsse in die USA, mit denen die Amerikaner gegenwärtig ihre Budgetdefizite finanzieren, hat die Bundesbank die Leitzinsen nicht erhöht. Diese Abkehr von einer wechselkursorientierten Geldpolitik und deren stärkere Ausrichtung an binnenwirtschaftlichen Erfordernissen haben wir Sozialdemokraten seit längerem gefordert. Die Entscheidung des Zentralbankrats ist deshalb zu begrüßen. Die Bundesbank sollte an dieser Politik, die eine - nur gemeinsam mit anderen europäischen Zentralbanken mögliche - Abkoppelung von Dollar erleichtert, festhalten, das Wechselkursrisiko den Dollarbesitzern überlassen und - angesichts der auch bei uns weiter steigenden Zinsen - eher expansiver werden.

Zwar verteuert der - völlig überbewertete Dollar - unsere Importe (Rohstoffe, Öl, et cetera), verbessert aber gleichzeitig die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Durch einen restriktiven geldpolitischen Kurs wäre die ohnehin nur sehr verhaltene wirtschaftliche Wiederbelebung im Keime erstickt worden.

Mit dieser Entscheidung der Bundesbank wird auch deutlich, daß der beschönigende Optimismus der Bundesregierung, mit dem sie ihr wirtschaftspolitisches Nichtstun zu rechtfertigen sucht, fehl am Platze ist. Eine realistische Einschätzung ist aber in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage unverzichtbar, wenn man die richtigen wirtschaftspolitischen Antworten geben will.

Von all dem war in der wirtschaftspolitischen Halbjahresbilanz, die Staatssekretär Schlecht gezogen hat, wenig zu spüren. Er hat sicherlich recht, wenn er für das laufende Jahr eine leichte wirtschaftliche Erholung vorhersagt. Viele der noch von der Regierung Helmut Schmidt durchgeführten oder vorgeschlagenen Maßnahmen (Investitionszulage, Abschreibungserleichterungen, Wohnungsbauförderung, et cetera) schlagen sich nun, wie von der Wirtschaftspolitik gewollt, in den Produktionszahlen nieder. Unerwartet hat auch der private Verbrauch zugenommen; trotz sinkender Realeinkommen wurde weniger gespart, wurde sogar an die Spargbücher herangegangen. Wegen der zur Jahresmitte bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhungen mögen vorgezogene Käufe eine Rolle gespielt haben. Dennoch: Die Auftragseingänge, im Mai/Juni leicht gestiegen, sind weit weniger als im ersten Halbjahr 1982, vor allem, weil die Bestellungen aus dem Ausland um sieben Prozent zurückgegangen sind. Die Reichweite der Auftragsbestände ist dabei auf zweieinhalb Monate geschrumpft! 1983 wird die Zahl der Pleiten weit höher als in den Vorjahren sein. Die regionalen und sektoralen Schwierigkeiten werden sich verstärken!

Vor allem aber: Die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen und nähert sich nun schon der Drei-Millionen-Grenze!



Was eigentlich, so ist zu fragen, muß noch geschehen, damit sich die Bundesregierung endlich ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung stellt? Sie muß doch die Gefahren sehen, die der deutschen Wirtschaft und den Arbeitnehmern drohen, weil

- der Welthandel durch zunehmenden Protektionismus - wohl künftig auch der Amerikaner - belastet und unser Export dadurch erschwert wird;
- bei stagnierendem Einkommen und kaum noch sinkender Sparquote der private Verbrauch kaum noch Wachstumsimpulse auslösen kann;
- der für ein stärkeres Wachstum erforderlichen Ausweitung privater Investitionen ein zu hoher Zinssatz entgegensteht und die Baubelegung alsbald abflachen dürfte;
- die im Haushaltsentwurf 1984 vorgesehenen Maßnahmen und die Absichten der Kommunen einen weiteren Rückgang der realen öffentlichen Investitionen erwarten lassen.

Daß es zu keinem sich selbst tragenden Aufschwung kommen wird, der neue Arbeitsplätze schaffen hilft, liegt vor allem an der auch für 1984 geplanten restriktiven Finanzpolitik! Sie wirkt dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und paßt damit nicht in die konjunkturelle Landschaft!

Auch das Ifo-Institut, das wohl kaum im Verdacht steht, sozialdemokratischer Politik zuzuneigen, hat in den letzten Tagen eindringlich den harten finanzpolitischen Kurs der Bundesregierung kritisiert: In einer Phase moderater Erholung könne eine forcierte Konsolidierungspolitik mit ihren kontraktiven Effekten den Erholungsprozeß nicht nur zum Erliegen bringen, sondern sogar frühzeitig einen Abschwung einleiten!

Wir Sozialdemokraten haben immer wieder auf diese Zusammenhänge und Gefahren hingewiesen. Nun tun es auch andere: Die Warnungen der Institute, der OECD und vieler anderer Institutionen heben sich drastisch von der Schönfärberei der Bundesregierung ab. Allerorten kehrt Ernüchterung ein, Glaubensbekenntnisse und Gesunbetelei werden nicht länger akzeptiert.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat konkrete wirtschafts- und sozialpolitische Alternativen vorgelegt. Spätestens in den Beratungen zum Haushalt 1984 wird die Bundesregierung Farbe bekennen müssen. (-/12.8.1983/vo-he/ca)

* * *



Lektion für den Freistaat Bayern
-----**Bundesverwaltungsgericht: SPD-Mitglied Erich Kretzer muß als
Lehrer ins Beamtenverhältnis übernommen werden**

Von Karl Heinz Hiersemann MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag

Die bekannte Prozeßwit des Freistaates Bayern in Sachen Lehrereinstellung hat jetzt zu einer schweren Niederlage in letzter Instanz geführt: Das Bundesverwaltungsgericht in Berlin entschied, daß der Freistaat Bayern den 33jährigen Realschullehrer Erich Kretzer, Feuchtwangen, in das Beamtenverhältnis übernehmen muß. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigt damit ein Urteil des bayerischen Verwaltungsgerichtshofes, gegen das der Freistaat Bayern Revision beim Bundesverwaltungsgericht eingelegte hatte.

Erich Kretzer, seit 1972 SPD-Mitglied, beendete 1978 nach Absolvierung des Vorbereitungsdienstes seine Ausbildung für das Lehramt an Realschulen (Fächer Chemie/Physik) mit der Gesamtprüfungsnote "gut bestanden". Als er 1976 die erste, die fachliche Prüfung abgelegt hatte, lehnte das Kultusministerium seinen Antrag auf Zulassung zum Vorbereitungsdienst mit der Begründung ab, er biete nicht die Gewähr, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten. Das Ministerium begründete seine Zweifel an der Verfassungstreue des Lehrers, daß dieser als Student und Mitglied des sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) viermal bei Gremienwahlen an der Universität Erlangen-Nürnberg für den SHB sowie für den "sozialistischen Hochschulbund" und den Wahlvorschlag "gewerkschaftliche Orientierung" kandidiert habe.

Nun begann der lange Prozeßweg des Lehrers Kretzer, in den ihn der Freistaat Bayern hineinzwang. Er ist mit Niederlagen des Freistaats gepflastert. Aufgrund einer Einstweiligen Anordnung des Verwaltungsgerichts Ansbach wurde Kretzer 1976 in den Vorbereitungsdienst aufgenommen. 1978 bekam er nach Beendigung seiner Ausbildung eine Stelle an einer staatlichen Realschule, aber nur im Angestelltenverhältnis. Den Antrag Kretzers, in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen zu werden, lehnte das Kultusministerium 1978 mit den bekannten Begründungen ab. 1979 gab das Verwaltungsgericht Ansbach Kretzers Klage statt: Das Kultusministerium habe "rechtsfehlerhaft nicht das Verhalten des Klägers im und nach dem Vorbereitungsdienst herangezogen, auch habe sich entgegen der Meinung des Beklagten der seinerzeitige sozialdemokratische beziehungsweise sozialistische Hochschulbund Erlangen-Nürnberg nicht verfassungsfeindlich betätigt."

Das Ministerium klagte gegen das Ansbacher Urteil beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof und holte sich wieder eine Abfuhr. Daraufhin legte das Ministerium beim Bundesverwaltungsgericht Revision ein, die das Berufungsgericht "wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache" zugelassen hatte. Nunmehr wies das Bundesverwaltungsgericht die Revision des Freistaats zurück und legte dem Freistaat die Kosten des Revisionsverfahrens auf.

In der jetzt vorliegenden schriftlichen Urteilsbegründung (AZ: BV ERWG 2 c 45.80 VgH 3.b-449/79) führt das Bundesverwaltungsgericht aus, maßgeblich sei nicht die SHB-Mitgliedschaft, sondern das Verhalten Kretzers im Vorbereitungsdienst, das von den zuständigen Stellen durchweg positiv beurteilt worden sein. Das Bundesverwaltungsgericht stellt einmal grundsätzlich fest, daß eventuelle Jugendsünden nicht ewige Strafe nach



sich ziehen dürfen: Bei Kretzers studentischen Aktivitäten habe es sich um Verhaltensweisen gehandelt, "die in die Ausbildungs- und Studienzzeit eines jungen Menschen fallen und denen der Dienstherr im Hinblick darauf, daß solche Verhaltensweisen häufig Emotionen in Verbindung mit engagiertem Protest entspringen und Teil von Milieu- und Gruppenreaktionen sind, nur ein erheblich geringeres Gewicht beimessen darf als etwa einer über Jahre, ja bis in die Gegenwart oder jüngste Vergangenheit, aufrecht erhaltenen aktiven Beteiligung an mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbaren Bestrebungen".

Insgesamt sei das Ministerium von einem "unvollständigen Sachverhalt" ausgegangen, weil es den "besonders bedeutsamen Zeitabschnitt" des Vorbereitungsdienstes "nicht ermittelt oder jedenfalls nicht gewürdigt" habe.

Die bayerische SPD nimmt das Berliner Urteil mit großer Genugtuung zur Kenntnis. Es stellt eine exakte Parallele zum Fall des Nürnberger Lehrers Helmut Leonhardt dar, dessen Prozeßweg gerade die Etappe Verwaltungsgericht Ansbach erfolgreich passierte. Deshalb fordere ich die bayerische Staatsregierung auf, endlich mit dem sinn- und aussichtslosen Prozessieren gegen Lehrer und junge Menschen aufzuhören. Ich berufe mich dabei auf Strauß - der sich freilich in der Praxis anders verhält - der kürzlich, am 1. August, auf einer Pressekonferenz in der Staatskanzlei scharfe Kritik an dem "Unfug" übte, den Rechtsweg bis zur letzten Instanz "In Stupidität und Sturheit" auszunutzen.
(-/12.8.1983/vo-he/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

